

Parlamentarischer Vorstoss

2025/446

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Sekundarschulleitungen und Schulsekretariate unter Druck
Urheber/in:	Miriam Locher
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	16. Oktober 2025
Dringlichkeit:	—

Wie auch die Anforderungen im Unterricht durch eine zunehmend heterogene Zusammensetzung und eine anspruchsvollere Klassenführung gestiegen sind, haben gleichzeitig auch die Anforderungen an die gesamten Schulen und ihre Verantwortungsträger:innen zugenommen. Führungspersonen an den Schulen müssen heute deutlich mehr Aufgaben bewältigen als noch vor einigen Jahren. Die Komplexität der Arbeit im Spannungsfeld zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen – Eltern, Lehrpersonen, politisch Verantwortlichen und nicht zuletzt den Erwartungen der Gesellschaft – ist gewachsen. Diesem Umstand wurde mit der Erhöhung der Ressourcen Rechnung getragen. So konnte weiterer Fluktuation vorgebeugt und ein wertvoller Beitrag zur Qualitätssicherung unserer Schulen geleistet werden.

Ebenso wie die Belastung der Schulleitungen hat auch jene der Schulsekretariate zugenommen. Auch sie sehen sich mit einer zunehmenden Komplexität ihrer Aufgaben konfrontiert.

Veränderungen in den Klassenzahlen und andere Faktoren haben zudem einen erheblichen Einfluss auf die Planungssicherheit der Schulen. Dem wird im Grundsatz mit der Festschreibung der Ressourcierung in der Verordnung für Schulleitungen und Schulsekretariate im Bildungsgesetz Rechnung getragen.

Nichts desto trotz ist es nicht in jedem Fall möglich, alle Sekretariate entsprechend der Ressourcen zu besetzen. Auch bei den Schulleitungen ist zu hören, dass nicht alle in der Lage sind, ihre vollen Stellenprozente auszuschöpfen – sei es mangels geeigneten Personals oder aufgrund organisatorischer bzw. planerischer Herausforderungen.

Aus diesem Grund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis von Sekundarschulen, in denen die gemäss Verordnung vorgesehenen Ressourcen für die Schulleitung nicht oder nicht vollständig ausgeschöpft werden? Falls ja: Welche Schulen sind davon betroffen?

2. Was sind aus Sicht des Regierungsrates die möglichen Gründe für die Nichterfüllung der vorgesehenen Ressourcierung?

3. Welche Anreize können geschaffen werden, damit die entsprechenden Anstellungen gemäss Verordnung besetzt werden können?

4. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat bereits, um sicherzustellen, dass alle Sekundarschulen über vergleichbare Rahmenbedingungen in der administrativen und organisatorischen Unterstützung verfügen, damit Chancengleichheit im Schulsystem gewährleistet ist?